

Praxisbeispiel

CORONA-HILFEN

(Eindämmung von Fehlverhalten und Korruption)

Sachverhalt

Der Fall René Benko und Galeria Karstadt Kaufhof (Galeria) sorgte für große Diskussionen um die Vergabe staatlicher Coronahilfen. Das Unternehmen erhielt 680 Millionen Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF). Ziel war es, Arbeitsplätze zu sichern und die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für den Konzern abzumildern. Kritiker sahen die existenzgefährdende finanzielle Lage von Galeria jedoch nicht primär als pandemiebedingt, sondern als Ergebnis eines schon länger überholten Geschäftsmodells und weiterer nachteiliger Managemententscheidungen.

Problem

Staatliche Coronahilfen sollten ursprünglich nur an wirtschaftlich gesunde Unternehmen fließen, die unverschuldet durch die Pandemie in Not gerieten. Unternehmen, die bereits vor der Pandemie in finanziellen Schwierigkeiten waren, galten als nicht förderfähig - so stand es auch in den Vorgaben der Corona-Verordnungen der EU. Trotzdem gab es Ausnahmen und politische Ermessensspielräume, die es ermöglichten, auch den Galeria-Konzern zu unterstützen. Dies führte zu folgender öffentlicher Kritik:

- Unternehmen mit bestehenden strukturellen Problemen profitierten von Hilfen, obwohl sie möglicherweise unabhängig von der Pandemie nicht mehr länger überlebensfähig gewesen wären.
- Das Bestehen eines erheblichen Missbrauchs- und Korruptionsrisikos bei der Vergabe der Hilfszahlungen sowohl auf der Seite der Antragsteller als auch auf jener der politischen Entscheider.

Lösung

Das Auditorium veranlasst Sonderprüfungen, ob solche staatlichen Förderungen angemessen waren:

- Werden die Ermessensspielräume bei der Vergabe der Hilfen ausreichend nach Maßgabe der EU-Regeln begründet?
- Gibt es ein wirksames Check-and-Balance-Verfahren, um mögliche Interessenskonflikte und Missbrauch aufzudecken und zu verhindern?

- Sind die Entscheidungsträger, die solche Hilfen gewähren, politisch und fachlich ausreichend mandatiert und werden trotzdem entsprechend ihrer Funktion kontrolliert?

Eine transparente Überprüfung sorgt dafür, dass Förderentscheidungen nachvollziehbar bleiben und Vertrauen der Bürger in derartige wirtschaftspolitische Maßnahmen keinen Schaden nimmt. Sollten sich in solchen Prüfprozessen Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Vergabe bestätigen, wird das Auditorium die festgestellten Mängel offenlegen und Konsequenzen einfordern.

Eskalation

Sollte offenbar werden, dass die Hilfen unberechtigt waren oder nur unzureichend kontrolliert vergeben wurden, kann das Auditorium mit folgenden Maßnahmen reagieren: Veröffentlichung der widerrechtlichen Förderentscheidungen, die Anrufung der Entscheidungsträger zur erneuten Überprüfung des Falles bis hin zur Aufforderung, die Förderzusagen zurückzunehmen. Sollten in einer angemessenen Frist keine ausreichenden Maßnahmen zur Mängelbehebung erfolgen, wird das Auditorium rechtliche Schritte veranlassen und gleichzeitig Reformen zur Verbesserung des gesamten Förderprozesses einfordern.

Dieser Fall zeigt, wie wichtig es ist, staatliche Unterstützungen an Privatunternehmen maximal transparent zu gestalten und potenziell rechtswidrige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Die genannten Interventionen des Auditoriums führen letztlich zur Stärkung der gesamten Förderprozesse, die gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträgern zu neuen Standards führen werden.

Sollten die regierenden Parteien nicht ausreichend handeln oder die Problemlösung verzögern, hat das Auditorium das Recht, folgende Schritte einzuleiten:

- Öffentlicher Druck: Das Auditorium kann die fehlenden Schutzmaßnahmen für Whistleblower öffentlich problematisieren und Druck auf die verantwortlichen Politiker ausüben.
- Gesetzesinitiative: Bleibt die Regierung weiterhin untätig, kann das Auditorium selbst einen Gesetzesentwurf für den Whistleblower-Schutz vorlegen und das Parlament zur Bearbeitung auffordern.
- Als zusätzlichen Machthebel kann das Auditorium die fehlende gesetzliche Regelung im sogenannten Good-Policy-Mechanism aktivieren, um - bis zur Androhung von Neuwahlen als Ultima Ratio - die Regierung zum Handeln zu zwingen.

Ventil

Tragen die politisch Verantwortlichen dennoch nur unzureichend zur Lösung bei, wird der

